

Arbeitsagentur stimmt CSU-Landesgruppe zu

Klarer Kurs im Interesse aller

Für Beschäftigung, Wirtschaftskraft und leistungsfähige Sozialsysteme: Die eindeutige Haltung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zur Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte findet die Unterstützung unabhängiger Experten. Die Bundesagentur für Arbeit stimmt dem Kurs der Christsozialen zu: Zuwanderung auf konkrete Arbeitsplätze muss möglich sein, eine Migration in unsere Sozialsysteme ausgeschlossen werden.

Gutes Zeugnis für die Politik der CSU im Deutschen Bundestag: Ein Zehn-Punkte-Plan der Bundesagentur für Arbeit (BA), der Lösungsvorschläge für den Arbeitsmarkt im Jahr 2025 erarbeitete, stützt den Kurs der Christsozialen. Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag hatte sich in der Diskussion um die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte dafür stark gemacht, bestehende gesetzliche Möglichkeiten zu nutzen. Außerdem hatten die Christsozialen in Berlin darauf gedrungen, eine Migration in die hiesigen sozialen Sicherungssysteme zu verhindern.

Auch der Plan der BA konzentriert sich auf die Hebung des schlummernden inländischen Fachkräftepotenzials. Somit wurde erneut deutlich: Es bedarf keiner Gesetzesänderung. Vielmehr müssen die Unternehmen und Tarifparteien die Arbeitswelt so gestalten, dass vorhandene Kräfte ihren Platz auf dem Beschäftigungsmarkt finden. Besonders die Potenziale von Berufsrückkehrerinnen, Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund müssen besser genutzt werden. Ganz in diesem Sinn nimmt auch die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre einen wichtigen Platz im Konzept der BA-Experten ein.

Nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag dürfen Betrieben keine Steine in den Weg gelegt werden, wenn offene Stellen nur mit Be-

werbern aus dem Ausland besetzt werden können. Zuvor gelte es jedoch, in Deutschland und der sonstigen EU vorhandene Potenziale zu identifizieren. Denn sogar auf dem Feld der Technik und der Naturwissenschaften gibt es in fast allen Berufen mehr Arbeitslose als freie Stellen.

Wirklich benötigte Arbeitskräfte können dagegen bereits heute unbürokratisch und ohne unnötigen Zeitverlust einwandern. So verschweigt das oppositionelle Linksbündnis nicht nur, dass alle EU-Staatsbürger – ab Mai 2011 auch alle EU-Bürger aus Mittel- und Osteuropa – in diesem Zusammenhang als Inländer gelten. Vielmehr gelten weitere Ausnahmen für Spitzenkräfte, Forscher und Dozenten, die ohne Prüfverfahren einwandern können.

**Benötigte Kräfte
sind willkommen**

Doch auch für Arbeitskräfte aus Drittstaaten, die nicht zu diesen Gruppen gehören und deren Jahresgehalt unter 66.000 Euro liegt, ist eine Zuwanderung möglich. In diesen Fällen muss lediglich im Rahmen einer Vorrangprüfung bestätigt werden, dass die Einwanderung notwendig ist, der Arbeitsplatz also nicht mit einem Inländer besetzt werden kann. Damit wird auch eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme ausgeschlossen. Die Prüfung wird in weit über 90 Prozent der Verfahren positiv beendet. Sie ist häufig nach wenigen Tagen und in der Regel spätestens nach vier Wochen abgeschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

es zeigt sich, dass die Unternehmen in der Landeshauptstadt München nicht nur Spitze in Forschung, Entwicklung und Anwendung neuester Technologien sind, sondern dass auch verstärkt die christlich-liberale Bundesregierung den Hightech-Standort München mit hohen Fördermitteln nachhaltig unterstützt. Fördermittel des Bundes für Forschung und Entwicklung sowie Investitionen von Firmen in Innovationen gehen erfolgreich Hand in Hand.



So erhält die OSRAM GmbH in München aus dem europäischen Förderprogramm CATARENE vom Bundesministerium für Bildung und Forschung rund 1,6 Millionen Euro. Ziel ist es, auf der Basis bestehender Lichtquellen sowie intelligenter hochoberflächiger Elektronik energieeffiziente und dynamische Beleuchtungssysteme für die Allgemein-Beleuchtung und Automobil-Anwendungen zu erforschen.

Nach einem Beschluss der europäischen Regierungen müssen alle Lichtquellen nach dem Jahr 2012 eine besonders hohe Energieeffizienz erreichen. Durch neue Lichtquellen sollen enorme Energieeinsparungen möglich und damit eine starke Verringerung der CO₂-Emissionen erreicht werden.

München bleibt ein starker Forschungs- und Innovationsstandort – auch Dank der Unterstützung der christlich-liberalen Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen



Koalition stellt Zukunftswegen

Gutes Zeugnis für Bildung

Ohne Bildung ist alles nichts. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausgerufen. Diese Woche wurde der nationale Bildungsbericht im Deutschen Bundestag diskutiert. Auf 352 prall gefüllten Seiten stellt er der unionsgeführten Bundesregierung ein gutes Zeugnis aus. Die Herausforderungen auf diesem Feld sind gewaltig, die Maßnahmen der christlich-liberalen Koalition beherzt und stimmig.

Die unionsgeführte Regierungskoalition stellt die Weichen für die Zukunft Deutschlands. Der nationale Bildungsbericht, der am Donnerstag die Unterstützung des Deutschen Bundestages fand, lässt keinen Zweifel am Erfolg der christlich-liberalen Bildungspolitik. Wie wichtig eine nachhaltige Strategie auf diesem Politikfeld ist, wird bei einem Blick auf die Demographie deutlich: Bereits im Jahr 2025 werden die deutsche Schulen rund 1,7 Millionen Schüler weniger ausbilden. Auch insgesamt sinkt die Zahl der Menschen, die Bildungsangebote wahrnehmen. Mit der Bildung steht und fällt jedoch die Zukunft eines rohstoffarmen Landes wie Deutschlands. Die Kluft, die sich

in der Vergangenheit zwischen erfolgreichen und nicht erfolgreichen



Lernern aufgetan hat, muss daher entschlossen beseitigt werden.

Auf diese und andere Herausforderungen reagiert die Bundesregierung mit einer kraftvollen und zugleich wohl dosierten Bildungspolitik auf allen Ebenen. Für Kinder, die zu Hause nur wenig Unterstützung erfahren, ermöglichen neue Instrumente erfolgreichere Bildungsverläufe. Bei-

spiele sind der verstärkte Ausbau der frühkindlichen Förderung – so die Offensive „Frühe Chancen“ – und Bildungsketten. Dieses Instrument ermöglicht die individuelle Begleitung von Schülern bis in die Berufsausbildung hinein. Nie wurde stärker in die Zukunftschancen sozial benachteiligter Kinder investiert als unter der christlich-liberalen Koalition. Während sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt kontinuierlich verbessert, sinkt auch die Zahl von Schulabbrechern. Außerdem erreichte die Studienanfängerquote ein Rekordniveau. Die Entwicklung in Deutschland kann sich nicht nur konzeptionell, sondern auch finanziell sehen lassen. Hierzulande liegen die Aufwendungen je Bildungsteilnehmer über dem OECD-Durchschnitt. Redner von CDU und CSU wiesen im Plenum darauf hin, dass sich diese Ausgabe rentiert – denn eines ist viel teurer als gute Bildung: Keine gute Bildung.

Diese Woche

Arbeitsagentur stimmt CSU-Landesgruppe zu Klarer Kurs im Interesse aller	1
Koalition stellt Zukunftswegen Gutes Zeugnis für Bildung	2
Koalition beendet rot-rot-grünen Kuschelkurs Kein Geld an Extremisten	2
Friedrich für heimische Agrarwirtschaft Bayerischer Gipfel in Berlin	3
Bundestag steht hinter den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz Übergabe in Verantwortung weiter im Visier	4
Roland Jahn: Eine beeindruckende Biographie Klares Mandat für Stasi-Aufarbeitung	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Koalition beendet rot-rot-grünen Kuschelkurs

Kein Geld an Extremisten

Der Deutsche Bundestag stützt die klare Linie der Bundesfamilienministerin gegen Extremisten aller Couleur. Am Donnerstag verurteilte das Parlament mit den Stimmen der christlich-liberalen Koalition jede Art von Rechts- und Links- sowie von islamistischem Extremismus.

Trotz der giftigen Kritik seitens des oppositionellen Linksbündnisses bleibt Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder dabei: Wer künftig staatliche Gelder zum Kampf gegen den politischen Extremismus erhalten will, muss sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen. Damit schiebt Frau Schröder der weiteren Finanzierung linksextremistischer Kreise, wie sie sich unter Rot-Grün zunehmend etabliert hatte, einen Riegel vor. Nach ihrem Amtsantritt hatte die Familienministerin ihr Haus angewiesen, auch über weitere Schritte gegen Linksextremisten nachzudenken. Die

Zahl linksextremistisch motivierter Gewalttaten war zwischen 2008 und 2009 um mehr als die Hälfte auf 1.115 angestiegen. Während Frau Schröder die Programme gegen den Links- sowie den islamistischen Extremismus stärkt, wird die Förderung für Initiativen gegen Rechtsextreme nicht zurückgefahren. Der Deutsche Bundestag unterstützt die klare Linie der Familienministerin. Am Donnerstag bekräftigte das Parlament, „dass sich die Träger von Maßnahmen zur Extremismusprävention und deren Partner zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik bekennen“ müssten.

Friedrich für heimische Agrarwirtschaft

Bayerischer Gipfel in Berlin

Die Christsozialen im Bundestag stehen zur bayerischen Landwirtschaft. Auf der Grünen Woche bekannte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich: „Landwirtschaft bedeutet Zukunft!“ Ein Skandal in der Futtermittel-Industrie werde sein Vertrauen in die Agrarwirtschaft nicht schmälern.

Für die bayerischen Landwirte ist die Grüne Woche in Berlin ein Heimspiel. Immerhin gehören der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die die heimische Agrarwirtschaft besonders fördert, Parlamentarier aus allen Teilen des Freistaats an. Bei der Bundestagswahl 2009 lag in allen 45 bayerischen Wahlkreisen der CSU-Kandidat vorne. Auf dieser Grundlage setzten die Christsozialen nicht nur ihren Anspruch auf das Landwirtschaftsministerium durch. Vielmehr sicherten sie sich einen noch größeren Einfluss in der Regierungskoalition. Bayern geben in der christlich-liberalen Koalition somit an entscheidenden Stellen den Ton an; und wenn zur Grünen Woche Landsleute nach Berlin anreisen, um die heimische Agrarwirtschaft zu repräsentieren, bleiben die CSU-Bundestagsabgeordneten nicht fern.

Am vergangenen Freitagabend stattete Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, der Grünen Woche einen ausführlichen Besuch ab. Der Spitzenpolitiker war gerade dabei, eine anstrengende Arbeitswoche zu beenden, die von Sitzungen des Bundestags und des Koalitionsausschusses geprägt war. Doch von Müdigkeit keine Spur. Die Freude an der Begegnung mit Vertretern der heimischen Landwirtschaft war ihm vielmehr regelrecht anzusehen. Sein Bekenntnis zur krisengebeutelten Landwirtschaft gewann dadurch zusätzliche Glaubwürdigkeit: „Ein Volk, das nicht mehr in der Lage ist, sich selbst zu ernähren, ein Volk, das nicht mehr in der Lage ist, vor den Toren seiner Städte und Dörfer, gesunde Nahrungsmittel für seine Bevölkerung anzubauen – ein solches Volk kann keine Zukunft haben.“ Daraus folgte Friedrich: „Deswegen bedeutet Landwirtschaft, bedeuten Bauern, Zukunft für Deutschland und Zukunft für Bayern!“

Bereits am Vorabend hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, die ebenfalls die CSU im



Dr. Hans-Peter Friedrich setzt auf das bayerische Brauchtum. Auf der Grünen Woche versicherte er die Landwirte des Freistaats seiner vollen Unterstützung.

Bundestag vertritt, die Grüne Woche eröffnet. Den Spitzenpolitikern lag es dabei sehr am Herzen, die Landwirtschaft vor unfairen Attacken der rot-

rot-grünen Opposition in Schutz zu nehmen. Die jüngsten Enthüllungen bezüglich überschrittener Dioxin-Grenzwerte belegten Missstände alleine in der Futtermittel-Industrie; die Landwirte seien dagegen nicht für Vorgänge verantwortlich zu machen, die sie selbst zu Opfern machten.

Neben Landwirten aus dem gesamten Freistaat traf Friedrich auch mit Gerd Sonnleitner, dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, zu einem Gedankenaustausch zusammen. Dieses Treffen war ein weiteres der zahlreichen bayerischen Gespräche, die Friedrich bis spät abends führte – Sonnleitner stammt aus dem Landkreis Passau und ist neben seinen bundesweiten Verpflichtungen zugleich Präsident des Bayerischen Bauernverbandes.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Fehl-Integration...

Die rheinland-pfälzische Landesregierung gestaltet den Schulalltag nach islamischen Vorgaben. Eine Handreichung des Kultusministeriums argumentiert nicht nur für getrennte Sportstunden für Mädchen und Jungen. Vielmehr empfiehlt die SPD-Alleinregierung auch eine Teilung der Klassen beim Sexualunterricht. Außerdem sollen die Eltern in Einzelgesprächen auf die Aufklärung der Kinder vorbereitet werden. Damit nicht genug: Auch der Ramadan beschäftigt Kurt Becks Regierung. Während der islamischen Fastenzeit sollen Schulfeste vermieden werden; Klassenfahrten sollen weder im Ramadan noch während islamischer Feiertage stattfinden. Nicht einmal der Generalsekretär der radikalen Islam-Vereinigung Mili Görüs versteht die Sozis: „Wir beanspruchen keine Sonderrechte und wollen den Schulalltag nicht auf den Kopf stellen.“

...auf Kosten anderer

Rheinland-Pfalz hat es nicht leicht: Seit 16 Jahren wird es von Kurt Beck unter Wert regiert. So wie Rheinland-Pfalz bis heute, war ursprünglich auch Bayern Empfängerland im Länderfinanzausgleich. Während sich der Freistaat aber in den letzten 20 Jahren zum Geberland vorgearbeitet hat, setzen Beck und seine Landesregierung lieber auf die Zahlungen erfolgreicher Länder als auf Fortschritte für Rheinland-Pfalz. Jetzt fordert der Ministerpräsident sogar lautstark gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland ein – in einer Reihe mit Ländern, die von 40 Jahren sozialistischer Diktatur gezeichnet sind. Beck hat Angst vor Änderungen am Länderfinanzausgleich, wie Bayern sie vorschlägt. Am besten täte dem Land ein klares Votum seiner Wähler: Laut Umfragen wird Beck bei der Landtagswahl am 27. März seine Mehrheit verlieren.

Bundestag steht hinter den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz

Übergabe in Verantwortung weiter im Visier

Der Deutsche Bundestag hat den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan um ein Jahr verlängert. Damit stellt sich das Parlament hinter die Strategie des Bundesverteidigungsministers. Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg strebt eine „Übergabe in Verantwortung“ an. Unter dem erneuerten Mandat kann die Bundeswehr weiterhin bis zu 5.350 Soldatinnen und Soldaten entsenden. Davon sind 350 ausschließlich als mobile Reserve vorgesehen.

Der Deutsche Bundestag hat die Verlängerung des ISAF-Einsatzmandats mit deutlicher Mehrheit beschlossen. Vor dem Hintergrund des klaren und realistischen Ziels, das Verteidigungsminister zu Guttenberg der Mission gegeben hatte, stimmten nicht nur die Fraktionen von CDU/CSU und FDP, sondern auch die Mehrheit der SPD-Abgeordneten für die Verlängerung. Der Abstimmung des Bundestages waren intensive parlamentarische Beratungen vorgegangen.

Bereits im Dezember des vergangenen Jahres hatte die Bundesregierung erstmals einen umfassenden Bericht über die seit 2001 in Afghanistan erzielten Fortschritte vorgelegt. Daraus geht unter anderem hervor, dass es möglich war, 3.500 neue Schulen zu bauen. Unter der Gewaltherrschaft der Taliban hatte es so gut wie kein Schulwesen gegeben; Mädchen wurde ihr Recht auf Bildung grundsätzlich

verweigert. Mittlerweile hat sich die Zahl der Schüler auf sieben Millionen vervielfacht; darunter sind mehr als 30 Prozent weiblich. Auch der Aufbau der Sicherheitsbehörden – eine wichtige Voraussetzung für ein



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel steht hinter der Afghanistan-Strategie von Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg

Afghanistan, das auch ohne Anwesenheit ausländischer Truppen stabil bleibt – verläuft nach Plan. Davon profitiert nicht zuletzt die örtliche Bevölkerung. Weitere Verbesserungen sind insbesondere hinsichtlich des

Kampfs gegen die Korruption und beim Aufbau einer unabhängigen Justiz geplant.

Mit dem von der NATO im letzten Jahr eingeleiteten Strategiewechsel begann eine neue Phase des internationalen Afghanistan-Engagements. Im Mittelpunkt steht dabei die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte sowie der Schutz der Zivilbevölkerung. Zivile und militärische Elemente gehen Hand in Hand. Die Perspektive des internationalen Einsatzes ist klar: Der Abzug findet in dem Maß statt, in dem es möglich ist, die Verantwortung auf die afghanischen Kräfte zu übertragen. Dies stellt sicher, dass die Soldatinnen und Soldaten vor unnötigen Gefahren geschützt und die bisher erreichten Fortschritte nicht aufs Spiel gesetzt werden. Unter diesen Voraussetzungen könnte eine schrittweise Reduzierung der Bundeswehr-Präsenz ab Ende 2011 beginnen.

Roland Jahn: Eine beeindruckende Biographie

Klares Mandat für Stasi-Aufarbeitung

Roland Jahn ist der erste Chef der Stasi-Unterlagenbehörde, der selbst als politischer Verfolgter in DDR-Gefängnissen saß. Der Deutsche Bundestag wählte ihn mit überwältigender Mehrheit – selbst einige Neokommunisten der Linkspartei wollten den überzeugenden Vorschlag der Koalition nicht ablehnen.

Der neue Beauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes heißt Roland Jahn. Bei seiner Wahl durch das Parlament am Freitag folgten SPD, Grüne und einzelne Abgeordnete der Linken dem Vorschlag der christlich-liberalen Koalition und stimmten für den gebürtigen Thüringer. Politische Beobachter unterstrichen die hohe Eignung Jahns.

Bereits als Student war Jahn ins Visier des Unrechtsregimes in Ostdeutschland geraten. Aufgrund

seines Engagements für Demokratie und Menschenrechte wurde Jahn mehrfach inhaftiert und schließlich 1983 „ausgebürgert“, also der DDR verwiesen. Für seine Unterstützung der polnischen Gewerkschaft Solidarnosc – zu Beginn der 1980er-Jahre die einzige freie politische Organisation im Ostblock – wurde Jahn 2010 mit der Dankbarkeitsmedaille der Gewerkschaft ausgezeichnet.

Als Chef der „Jahn-Behörde“, wie sein Amt künftig genannt wer-

den wird, will sich der 57-Jährige nicht allein auf die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit beschränken. Vielmehr wird vermutet, dass Jahn die Staatssicherheit nur als eines von mehreren Fundamenten der DDR-Diktatur sehe. Die Abgeordneten der christlich-liberalen Koalition ließen keinen Zweifel an der Bedeutung von Jahns Auftrag. Ihr klares Votum für den Bürgerrechtler, dem sich auch die Mehrheit der Opposition anschloss, stärkt sein Mandat für die kommenden fünf Jahre.